



Katholische Kirche
in Oberösterreich

Pressemitteilung

23. November 2018

Gedenken im Linzer Bischofshof: Acht Kurzbiografien

Felix Kern, Bau- und Rechtsreferent Diözesanfinanzkammer, ehem. Landesrat

Vorgestellt von Mag. Bernhard Zopf

Felix Kern (21. Mai 1892 – 23. Oktober 1955) war ein oberösterreichischer Politiker (Christlichsoziale Partei). Von 1929 bis 1938 war er Landesrat für Bauwesen und Schulen. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde Kern all seiner Ämter enthoben und am 13. März 1938 als einer der Ersten nach dem „Anschluss“ verhaftet. Am Fronleichnamstag 1938 wurde er ins KZ Dachau überführt. Nach knapp einem Jahr in Dachau wurde er im April 1939 entlassen und kehrte zu seiner Frau und den sechs Kindern nach Unterweißenbach zurück. Nach verzweifelter Arbeitssuche fand er ab August 1939 eine Anstellung als Bau- und Rechtsreferent in der Diözesanfinanzkammer. Dort leistete er Pionierarbeit: Er schuf die erste Bauordnung der Diözese und war mit der Neuauftellung der Diözesanfinanzkammer betraut. Eine enge Zusammenarbeit bestand mit dem späteren Bischof Zauner. Kern wurde jedoch am 22. Juli 1944 erneut verhaftet und bis 17. Oktober im Linzer Polizeigefängnis inhaftiert. Danach brachte man ihn ins Lager Schörgenhub (Linz), wo er am 24. Dezember 1944 entlassen wurde. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges schied Kern freiwillig aus der Diözesanfinanzkammer aus und wurde wieder politisch aktiv: Nach den Landtagswahlen 1945 war er als Landesrat der ÖVP wieder für Bauwesen und Schulen zuständig, bis zu seinem plötzlichen Tod 1955 war er auch Landeshauptmann-Stellvertreter.

Ferdinand Weinberger, Kanzleidirektor Bischöfliches Ordinariat und Generalvikar

Vorgestellt von Dr.ⁱⁿ Monika Würthinger

Ferdinand Weinberger (23. Mai 1896 – 29. April 1981) kam nach dreijähriger Tätigkeit als Kooperator in Scharthen und Hartkirchen 1925 ins Bischöfliche Ordinariat. Mit 1. Mai 1936 wurde er Kanzleidirektor. Zudem war er als bischöflicher Sekretär und Zeremoniär ständiger Begleiter von Bischof Johannes Gföllner und wurde von diesem als Vertreter des Ordinariats auch zu den Verhandlungen mit Gauleitung und Gestapo geschickt. Am 6. November 1940 wurde Ferdinand Weinberger – für alle völlig überraschend – wegen Mitwisserschaft der Vorbereitung zum Hochverrat von der Gestapo verhaftet. Gemeint war die Widerstandsgruppe Großösterreichische Freiheitsbewegung, deren Ziel die Bildung einer Donauföderation mit Bayern (Loslösung vom Deutschen Reich) unter Einbeziehung der Habsburger war. Bis zum Jahr 1944 saß Weinberger in verschiedenen Gefängnissen in Österreich und Deutschland ein, bevor er im Juli 1944 vom Berliner Volksgerichtshof zu zweieinhalb Jahren Kerker verurteilt wurde (die er durch die Untersuchungshaft längst abgebußt hatte). Am 21. Juli 1944 wurde er freigelassen und kehrte im September ins Ordinariat zurück. 1949 wurde Weinberger Kanonikus, mit 1. September 1953 erfolgte die Ernennung Weinbergers zum Generalvikar durch Bischof Fließer, er blieb dies auch unter Bischof Franz S. Zauner bis 1. August 1973. Besonders während der langen Abwesenheiten Zauners während des Zweiten Vatikanischen Konzils lag die Diözesanregierung praktisch in den Händen Weinbergers.

Ludwig Kneidinger, Referent bzw. Direktor Diözesanfinanzkammer

Vorgestellt von Mag. Klaus Birngruber

Ludwig Kneidinger (20. Mai 1914 – 11. Jänner 2004) war seit etwas mehr als einem Jahr als Referent in der Diözesanfinanzkammer tätig, als er am 13. Jänner 1942 von der Gestapo verhaftet und ins Linzer Polizeigefängnis gebracht wurde. Bei der Durchsuchung seines Schreibtisches waren hektographierte Briefe an Priestersoldaten gefunden worden. In Verhören gab Kneidinger zu, die NS-kritischen Predigten des Münsterer Bischofs Clemens August von Galen vervielfältigt und weitergegeben zu haben. Informationen über das Ordinariat ließ er sich jedoch nicht entlocken. Kneidinger blieb mehr als drei Jahre in Haft – in Linz bis Mitte April 1942, im Konzentrationslager Dachau bis zum 6. April 1945. Im Juni 1945 nahm er seine Arbeit in der Diözesanfinanzkammer wieder auf und wurde 1970 (nach Wahl durch den Priesterrat) deren Direktor. 17 Jahre, bis 1987, übte er diese Funktion aus, arbeitete aber auch im Ruhestand weiter mit. Er war Mitglied des Diözesankirchenrates, des Bautenkomitees und Kunstrates, Mitglied des Aufsichtsrates der Glockengießerei St. Florian, Vertreter der Diözese Linz im Katholischen Hochschulwerk Salzburg und Mitglied im Kuratorium der Kirchlichen Aufbauanleihe. Seit 1971 war er Mitglied des Linzer Domkapitels, zuletzt bis 1996 als Dompropst. Der „Päpstliche Ehrenprälat“ war Träger des Silbernen Ehrenzeichens des Landes Oberösterreich.

Franz Vieböck, Seelsorgeamtsleiter Bischöfliches Ordinariat

Vorgestellt von seinem Neffen Bischofsvikar Wilhelm Vieböck

Franz Vieböck (12. Mai 1907 – 7. September 1984) war von 1931 bis 1934 Kooperator in Mondsee, bevor er zum Sekretär des Katholischen Volksvereins bestellt wurde. Am 10. Mai 1938 erfolgte die Ernennung zum Generalsekretär der Katholischen Aktion. Während des Krieges wurde er von Bischof Gföllner mit dem Aufbau des Seelsorgeamtes (Pastoralamt) betraut, dessen Leitung er im Juni 1939 übernahm. Vieböck unterstützte seine priesterlichen Mitbrüder nicht nur mit liturgischen Beistand, sondern intervenierte bei der Gestapo persönlich zugunsten von inhaftierten Priestern bzw. zugunsten kirchlicher Organisationen und Feiern, was ihn ebenfalls in Gefahr brachte. Sein Neffe Bischofsvikar Wilhelm Vieböck schildert ein Beispiel von vielen: *„Im Juni 38 wollte man zum Fronleichnamsfest in Obernberg am Inn wie immer einen Altar beim Kolpinghaus aufstellen, was aber die NS-Behörden untersagten. Das Kolpinghaus war von der SA beschlagnahmt. Der Gesellenverein Obernberg durfte aber weiterbestehen. Vieböck sprach bei der Gestapo vor, bat um Klärung des Falls und drohte, er werde sonst veranlassen, dass der Tatbestand am Sonntag vor Fronleichnam von der Kanzel verkündet werde. Am Samstag zuvor, am 11. Juni, wurde Vieböck vor die Gestapo geladen, ‚zehn Minuten lang auf das Schlimmste beschimpft und dann eingesperrt‘, wie er in Aufzeichnungen schildert. Die Haft dauerte sechs Tage.“*

Nach 1945 war Vieböck weiterhin Leiter des Seelsorgeamtes. 1968 wurde er „Vorsitzender der vorbereitenden Zentralkommission“ zur Diözesansynode (1970 – 1972). Bei der Synode selbst, der Weihbischof Dr. Alois Wagner als Präsident vorstand, fungierte Vieböck neben Dr.ⁱⁿ Inge Loidl und Eduard Ploier als einer der Vizepräsidenten. 1972 bat er den Bischof um Entpflichtung von der Leitung des Seelsorgeamtes. Erst 1974 wurde dieser Bitte stattgegeben und Josef Wiener als Nachfolger bestellt. Weitere Tätigkeitsfelder waren Kirchenzeitung, Jahrbuch und Katholischer Pressverein. Von 1934 bis zu seinem Tod war er Seelsorger der Karmelitinnen; als Beichtvater und bischöflicher Kommissär zuständig auch für die Barmherzigen Schwestern, die Kreuzschwestern und die Franziskanerinnen von Vöcklabruck. Ab 1956 war Vieböck Mitglied des Domkapitels, Firmspender, MIVA-Präsident, erster Sprecher des Priesterrates, Generaldechant und Leiter der neuerrichteten Schieds- und Schlichtungsstelle.

Franz Ohnmacht, Bischöflicher Sekretär unter Bischof Gföllner

Vorgestellt von Prof. Kons. Gottfried Gansinger

Der Priester Franz Ohnmacht (5. Dezember 1893 – 11. April 1954), Doktor der Theologie und Philosophie, war nach seinem Wirken als Kooperator ab 1919 bischöflicher Sekretär und ab 1987 Professor für scholastische Philosophie am Priesterseminar Linz. Von 1934 bis 1938 war Ohnmacht Generaldirektor der Katholischen Aktion der Diözese Linz. Ohnmacht wurde stellvertretend für

Bischof Johannes M. Gföllner, den entschiedensten Gegner des Nationalsozialismus unter den österreichischen Bischöfen, eingesperrt. 1933 hatte Bischof Gföllner in seinem berühmten Hirtenbrief über den wahren und falschen Nationalismus erklärt, dass es unmöglich sei, „gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Nationalsozialist zu sein“. Am 13. März 1938 verhaftete die Gestapo Franz Ohnmacht nach einem Spaziergang mit dem Bischof und brachte ihn nach Linz ins Polizeigefängnis. In der Tagespost vom 15. März 1938 wurde Ohnmacht „Volksverräter“ genannt. Ohne Begründung und Anklage wurde Franz Ohnmacht am 17. Juni 1938 ins KZ Dachau überstellt. Die Qualen für die Häftlinge dort waren unbeschreiblich: Sie wurden zu Nummern ohne Namen degradiert, entwürdigt, entmenslicht und geschunden, brutal gepeinigt durch Hunger, Kälte, schwere Arbeit, willkürliche Strafen, massiv gefoltert und massenhaft getötet. Für Franz Ohnmacht folgte eine lange Leidensgeschichte: Von September 1939 bis Dezember 1940 war Ohnmacht im KZ Buchenwald, danach wieder in Dachau. Nach unzähligen Bemühungen von Seiten des Ordinariats und von Ohnmachts Schwester Anna wurde er endlich am 16. März 1943 aus dem KZ Dachau entlassen. Es folgten die Gauverbannung und ein Zwangsaufenthalt in Gadebusch an der Ostsee (Mecklenburg-Vorpommern).

Erst am 3. August 1946 kam Ohnmacht nach Linz zurück. Die langen Jahre der Gefangenschaft waren nicht spurlos an ihm vorübergegangen: Ein rapider Verfall seiner geistigen Kräfte setzte ein, den der behandelnde Arzt auf die körperlichen – es wurden medizinische Experimente an ihm durchgeführt – und seelischen Qualen im KZ zurückführte. Ohnmacht starb am Palmsonntag, 11. April 1954 im Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern. Im „Lern- und Gedenkort Ried“ ist ihm eine Stele gewidmet.

Bischof Johannes Maria Gföllner

Vorgestellt von Bischof Dr. Manfred Scheuer

In der österreichischen Kirche war es vor allem der Linzer Bischof Johannes Maria Gföllner (17. Dezember 1867 – 3. Juni 1941), der bereits im Sommer 1929, also lange vor Hitlers Machtergreifung, eindeutig gegen den Nationalsozialismus Stellung bezogen hat. Gföllner von 1915 bis 1941 Bischof von Linz, warnte vor „falschen Propheten“, welche der „übervölkischen römischen Kirche“ eine völkische Organisation entgegenstellten. „Über wahren und falschen Nationalismus“ war der Beginn eines Hirtenbriefes, der am 22. Jänner 1933 von allen Kanzeln der Diözese Linz zu verlesen war. Darin formulierte Gföllner: „Der nationalsozialistische Rassenstandpunkt ist mit dem Christentum völlig unvereinbar und muss daher entschieden abgelehnt werden.“ Gföllner verurteilte darin auch den „radikalen Rassenantisemitismus“ als „unmenschlich und unchristlich“, warnte jedoch gleichzeitig in einer Haltung des „christlichsozialen Antisemitismus“ (Markus Lehner) vor dem „schädlichen Einfluss vieler gottentfremdeter Juden auf fast allen Gebieten des modernen Kulturlebens“.

Der engste Mitarbeiter Gföllners, der Generaldirektor der Katholischen Aktion Dr. Ohnmacht, kam in das KZ Dachau und kehrte von dort als menschliches Wrack zurück. Es war klar, dass die Verhaftung von Ohnmacht unmittelbar nach dem Einmarsch am 13. März 1938 gegen den Bischof gerichtet war. Als Hitler am 7. April 1938 den Mariendom besichtigen wollte, erschien Bischof Gföllner nicht persönlich, sondern entsandte Prälat Schöfecker. Die Feierliche Erklärung der Österreichischen Bischofskonferenz vom 18. März 1938 hat Gföllner unterzeichnet. Der entscheidende Schlusssatz des Aufrufs lautete: „Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, dass sie wissen, was sie ihrem Volk schuldig sind.“ Keiner der Bischöfe hat protestiert, auch nicht der Bischof von Linz. Die Verlesung dieser Erklärung von den Kirchenkanzeln erfolgte am Sonntag, 27. März 1938 auch in der Diözese Linz.

Am 30. Juni 1938 wurde ein hektisch erarbeiteter „Friedensplan“ vorgelegt. „Die österreichischen Bischöfe erklärten bei dieser Gelegenheit erneut, die Geistlichkeit zur treuen Beobachtung der staatlichen Gesetze anzuhalten.“ Partei und katholische Kirche in Deutschösterreich waren entschlossen, „jeden, der die oben niedergelegten Grundsätze ... stört, unnachsichtig aus ihren Ämtern zu entfernen bzw. ernstlich zu maßregeln.“ Bischof Gföllner sollte vor dem Unterhändler von Gauleiter Bürckel am 5. Juli 1938 unterzeichnen. Er nahm jedoch eine ganz andere Haltung ein als

die übrigen Bischöfe und verweigerte dem verblüfften Unterhändler Bürckels, unter Hinweis auf die bevorstehende Bischofskonferenz (8. Juli), glattweg die Unterschrift. Zu diesem Beschluss kam es nicht, weil vermutlich Gföllner die österreichischen Bischöfe dazu brachte, „aus formalrechtlichen Gründen“ die Duldung des Friedensplans durch den Vatikan einzuholen.

Ferdinand Klostermann, bischöflicher Sekretär unter Bischof Gföllner

Vorgestellt von DDr. Helmut Wagner

Der Priester Ferdinand Klostermann (21. März 1907 – 22. Dezember 1982) wurde 1938 nach dem „Anschluss“ Sekretär von Bischof Gföllner im Bischöflichen Ordinariat. Die bischöflichen Sekretariatsaufgaben füllten den 31-Jährigen nicht gänzlich aus. So widmete er sich ab 1940 nebenbei der Schüler- und Studentenseelsorge. Herbert Wenninger und Herbert Watschinger sind zwei später diözesan bekannt gewordene Jugendliche, mit denen er – trotz Überwachung durch das NS-Regime – mit großer Leidenschaft in der katholischen Studentenarbeit aktiv war. Dass die Gestapo eines Tages hinter die Aktivitäten kommen würde, war zu erwarten. Ferdinand Klostermann wurde am 31. März 1943 verhaftet und fast 9 Monate später, am 15. Dezember 1942, aus dem Linzer Polizeigefängnis (auf Grund der Adresse auch „Mozarteum“ genannt) entlassen. Die Entlassung war verbunden mit „Gauverbot“, konkret mit der Auflage, seinen Wohnsitz nördlich der „Mainlinie“ zu nehmen. Klostermann ging nach Berlin und wurde Kaplan in einer Filialpfarre der Berliner Dompfarre St. Hedwig. 1945 kehrte Klostermann zurück nach Linz und wurde mit 1. März 1945 zum Sekretär des Bischöflichen Seelsorgeamtes ernannt. 1960 wurde Klostermann Professor für Pastoraltheologie an der Universität Wien und wurde von Kardinal König zum Konzilstheologen bestellt.

Über die Haltung der Kirche insgesamt sagte Klostermann 1978 rückblickend: „Ein reines Heldenlied ist die Geschichte des kirchlichen Kampfes gegen den NS-Staat und die NSDAP gerade nicht. Die Unterscheidung der Geister und die Balance zwischen Klugheit und Tapferkeit gelang nicht immer. Die Parole ‚Kampf gegen den jüdisch-materialistischen Geist‘, das christlich-antisemitische Erbe, die Verachtung der Demokratie, des Liberalismus und Pazifismus brachten die Kirche und kirchliche Kreise oft in eine verdächtige und peinliche Nähe zu NS-Ideen.“

Begegnung zwischen Bischof Joseph Calasanz Fließer und Franz Jägerstätter

Vorgestellt von Dr.ⁱⁿ Erna Putz

Der studierte Kirchenrechtler Joseph Calasanz Fließer (28. Juli 1896 – 12. Juni 1960) leitete von 1941 bis 1955 die Diözese Linz. Aus gesundheitlichen Gründen bekam er 1949 nicht wie gewünscht einen Weihbischof, sondern DDr. Franz Zauner als Koadjutor mit dem Recht der Nachfolge. Fließer unterstützte engagiert die Liturgische Bewegung. Von der NS-Kirchenpolitik war er als Präses der Marianischen Kongregation von Anfang an betroffen. Nach dem Tod von Regens Dr. Wenzel Grosam übernahm Fließer auch die Regentschaft des Priesterseminars, die Alumnen waren fast alle an der Front und er kümmerte sich um die brieflichen Kontakte zu ihnen. Um Kapläne erfolgreich vor dem Einrücken zu bewahren, schuf er für diese selbständige Seelsorgestellen.

Die Erfahrungen als Soldat vom Oktober 1940 bis April 1941, das Wissen um den Massenmord an psychisch Kranken und die Verfolgung von Priestern in seinem Umfeld führten Franz Jägerstätter zur Entscheidung, den Dienst mit der Waffe zu verweigern. Die Konsequenzen waren ihm klar, aber bis zuletzt rang er darum, ob er diese Entscheidung seiner Familie zumuten durfte. In seinen Aufzeichnungen erwog er „Für und Wider“ und besprach sich mit befreundeten Priestern. Er suchte auch Bischof Fließer auf. Wahrscheinlich hat er u. a. gefragt: „Welcher Katholik getraut sich, diese Raubzüge, die Deutschland schon in mehreren Ländern unternommen hat und noch immer weiterführt, für einen gerechten und heiligen Krieg zu erklären?“ Franziska Jägerstätter nahm am Gespräch im Linzer Bischofshof nicht teil. Sie wartete auf dem Gang. Franz kam enttäuscht heraus und sagte zu seiner Frau: „Die haben ja selber Angst.“ Bischof Fließer später zu seiner Begegnung mit Jägerstätter: „Ich habe umsonst ihm die Grundsätze der Moral über den Grund der Verantwortlichkeit des Bürgers und Privatmannes für die Taten der Obrigkeit auseinandergesetzt und ihn an seine viel höhere Verantwortung für seinen privaten Lebenskreis, besonders für seine Familie erinnert. Ich kenne seine ‚Konsequenz‘ und achte sie, besonders die Motive.“

Die Argumente und Bedenken Jägerstätters konnte niemand entkräften. Die Konsequenzen wollten ihm der Bischof und auch die Priesterfreunde ausreden. Sie blieben moraltheologisch auf einer sekundären Ebene stehen, die Frage nach der Legitimität des Krieges stellten sie nicht.

Eine Würdigung Franz Jägerstätters blieb lange aus; sie hätte womöglich zudem die Kriegsheimkehrer irritiert. Franz Vieböck um 1984 zu Jägerstätter-Biografin Erna Putz: „Wir haben gefürchtet, dass uns die heimkehrenden Soldaten sagen: ‚Das hättet ihr uns gleich sagen können, dass es gescheitert ist, nicht zu kämpfen‘“. Die drei auf Franz Zauner folgenden Bischöfe Maximilian Aichern, Ludwig Schwarz und Manfred Scheuer erreichten mehr oder minder gemeinsam die Anerkennung Franz Jägerstätters als offizielles Vorbild christlichen Lebens in seiner Zeit.